

und kommerzialisiert. Wie die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie gezeigt haben, stößt der Versuch, auch für Dienstleistungen einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen und damit eine brutale Dumpingkonkurrenz zu entfesseln, jedoch vielerorts auf Widerstand. Diesen gilt es zu verbreiten und zu stärken.

Privatisierung ist kein Sachzwang. Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums kann und muss gestoppt werden. Denn:

Privatisierung fördert Armut und soziale Ausgrenzung!

Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums!

Öffentliche Güter für alle statt Profit für wenige!

Rekommunalisierung statt Ausverkauf!

Aus Erfahrung lernen

Das Beispiel Wasser

Als besonders fatal haben sich Privatisierungen im Bereich der Wasserversorgung erwiesen. In London beispielsweise sind die Wasserverluste aufgrund von kaputten Leitungen seit der Privatisierung rapide gestiegen, täglich versickert dort fast eine Milliarde Liter Trinkwasser einfach im Boden. Auch die Abwassersysteme sind überlastet, so dass immer wieder ungeklärte Abwässer in die Themse abgelassen werden. Profitabel war die Privatisierung nur für die Anteilseigner, die sich hohe Dividenden gewährten. Dagegen werden die Verbraucherinnen und Verbraucher über Preiserhöhungen geschröpft. Ein ähnliches Muster – steigende Wasserpreise und hohe Gewinne für die Konzerne bei stagnierenden Investitionen – findet man auch in Berlin, wo die Wasserbetriebe im Jahr 1999 durch die Große Koalition aus CDU und SPD teilprivatisiert wurden. Aufgrund geheimer Gewinngarantien zugunsten von RWE und Veolia sind die Wasserpreise in Berlin seit 1999 um knapp 30 Prozent gestiegen. Nun wächst

endlich wieder der Druck, dass die Verträge mit den privaten Wasserkonzernen offen gelegt und angefochten werden.

Das Beispiel der Londoner U-Bahn

»Öffentlich-Private-Partnerschaft« klingt gut. Die Ergebnisse können jedoch katastrophal sein. Eines der größten ÖPP-Projekte startete im Jahr 2003 in London. Das Konsortium Metronet, hinter dem sich u.a. Unternehmen wie Bombardier, Thames Water und Electricité de France (EdF) verbergen, bekam den Auftrag, die marode Londoner U-Bahn zu sanieren und 30 Jahre lang in Stand zu halten. Doch die nötigen Investitionen blieben aus, Verspätungen, Signalausfälle, Entgleisungen und Unfälle häuften sich; gleichzeitig schnellten die Fahrpreise in die Höhe. Im Jahr 2007 meldete Metronet Insolvenz an. Schätzungen zufolge dürfte das gescheiterte Experiment den britischen Steuerzahler etwa zwei Milliarden Pfund gekostet haben.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Kontakt

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/2 40 09-0
Telefax: 030/2 41 10 46
ag.apk@die-linke.de
www.die-linke.de/oeffentlich

Mitglied werden!
Telefon: 030/24 00 95 55
<http://mitglied.die-linke.de>

V.i.S.d.P. Sahra Wagenknecht und Jürgen Klute



photos.com

Wenn öffentliche Güter zur Ware werden

Ob Schulen oder Krankenhäuser, Post oder Bahn, Wasser oder Energie, Rentensysteme oder Verkehrsbetriebe, Wohnungen oder Kultureinrichtungen – es gibt kaum einen Bereich, der vom Privatisierungswahn der letzten Jahrzehnte verschont geblieben ist. Dass mehr und mehr öffentliche Güter zur Ware werden, ist einerseits die Folge neoliberaler Umverteilungspolitik: Durch Steuergeschenke an Konzerne und Reiche entstehen Haushaltslöcher, die durch den Verkauf des »Tafelsilbers« wieder gefüllt werden sollen. Auf der anderen Seite wird die Privatisierungsoffensive von Konzernen, Banken und Investmentfonds vorangetrieben, die auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten immer mehr Bereiche für sich erschließen wollen. Die Politik ist viel zu häufig bereitwilliger Vollstrecker dieser Bedürfnisse. Privatisierungen sind also nicht nur die Folge, sondern auch ein zentrales Instrument neoliberaler Umverteilung: Während sich Manager und Anleger immer höhere Gehälter, Dividenden und sonstige Privilegien gönnen, werden auf der anderen Seite Beschäftigte entlassen, Löhne gedrückt und soziale Leistungen gekürzt. Außerdem hat die Unterwerfung unter das Profitprinzip zur Folge, dass Qualitäts- und Sicherheitsstandards unterlaufen werden und eine flächendeckende Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen nicht mehr gewährleistet ist.

Armut und Ausgrenzung

Durch Privatisierung und Kommerzialisierung verwandeln sich immer mehr Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge in Waren, die nur noch jenen zur Verfügung stehen, die über die nötige Kaufkraft verfügen. Besonders fatal ist dieser Trend bei Dienstleistungen, die für ein menschenwürdiges Leben unerlässlich sind wie Gesundheit oder Bildung, die Rente oder die Versorgung mit Strom, Wasser und günstigem Wohnraum. Aus diesem Grund setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge grundsätzlich dem privaten Gewinnstreben entzogen und öffentlich finanziert und bereitgestellt werden.

Demokratieabbau

Nach Privatisierungen gibt es auch keine demokratischen Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Durch Verkäufe öffentlichen Eigentums beraubt sich die Politik selbst der Möglichkeit, die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zu steuern und an den Interessen des Gemeinwohls auszurichten. Im Gegensatz zu öffentlichen Anbietern müssen private Unternehmen nur noch ihren Aktionären gegenüber Rechenschaft ablegen. Dagegen spielen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die auf die angebotenen Güter und Dienstleistungen angewiesen sind, keine Rolle mehr. DIE LINKE stellt sich diesem Trend zum Demokratieabbau entgegen und will die demokratischen Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ausbauen und die Mitbestimmung der Beschäftigten ausweiten.

Angriff auf soziale Rechte

Vor allem in arbeitsintensiven Sektoren geht die Privatisierung mit Massenentlassungen und Lohndumping einher. Bei der Deutschen Bahn, der Deutschen Post oder den britischen Elektrizitätswerken sind innerhalb von zehn Jahren fast die Hälfte aller Arbeitsplätze vernichtet worden. Wer in den privatisierten Betrieben verbleiben konnte, musste in der Regel Lohnsenkungen und schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Die Gewerkschaften werden sowohl durch Entlassungen als auch durch die ständige Neugliederung von Arbeitsbereichen, die mit Privatisierungen oft einhergehen, geschwächt. Daher können sie gegen die Umwandlung von tariflich bezahlten Stellen im öffentlichen Dienst in prekäre Jobs bei der Privatwirtschaft oft nur unzureichenden Widerstand leisten. DIE LINKE streitet daher an der Seite der Gewerkschaften für eine Stärkung gewerkschaftlicher Rechte, für ein Ende der Leistungskürzungen im Öffentlichen Dienst und für den Ausbau bürgernahe öffentlicher Dienstleistungen!

Privatisierung ist Diebstahl

Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist bei vielen Privatisierungen Korruption im Spiel. Die Folge ist, dass öffentliche Unternehmen unter ihrem realen Wert verkauft werden oder dass die öffentliche Hand die Gewinne der privaten Investoren garantiert, während Schulden, Risiken und sonstige »Altlasten« in der Regel sozialisiert, d.h. auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. So müssen beispielsweise die Pensionen der Bahn- und Postbeamten fast komplett vom Bund gezahlt werden – obwohl die privatisierten Unternehmen das gesamte Vermögen der einstigen Bundesunternehmen übernommen haben. Privatisierung bedeutet vor allem, dass einige Wenige aus dem, was vorher allen gehörte, Profit schlagen dürfen. Und wenn nichts mehr zu holen ist, muss die Allgemeinheit wieder übernehmen – wie z.B. im Falle des britischen Eisenbahnnetzes. Dagegen strebt DIE LINKE eine Gesellschaftsordnung an, in der Kernbereiche der Wirtschaft in öffentliches Eigentum überführt und demokratischer Kontrolle unterworfen werden.

Die EU – treibende Kraft der Deregulierung

In Europa kam die Privatisierungswelle mit dem europäischen Binnenmarktprogramm und der Liberalisierung zentraler Wirtschaftszweige wie Energie, Post oder Telekommunikation so richtig ins Rollen. Die Bundesregierung war und ist dabei eine treibende Kraft. Resultat war eine europaweite Fusions- und Übernahmewelle, die zur Herausbildung riesiger Konzerne führte. Entgegen den neoliberalen Versprechen hat die Marktliberalisierung in den meisten Fällen also nicht zu mehr »Wettbewerb« geführt, sondern die Zahl der Anbieter deutlich verringert – mit der Folge, dass zum Beispiel die Preise für Strom in den letzten Jahren um 50 Prozent gestiegen sind. Ginge es nach den Wünschen der EU-Kommission, so würden auch Rentensysteme, Sparkassen, Bildung und Gesundheit sowie andere Dienstleistungen der Daseinsvorsorge den Gesetzen des Marktes unterworfen